

## **Leserbrief des Staatspersonalverbands des Kantons Zug**

### **Regierungsrat ignoriert die Ursachen des Defizits und spart am falschen Ort**

Der Regierungsrat schlägt im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 zahlreiche Sparmassnahmen vor. Er behauptet, dass es sich dabei um ein ausgewogenes Paket handle. Aus Sicht des Staatspersonalverbands trifft gerade dies nicht zu. Ein wichtiger Teil der Massnahmen betrifft den Personalbereich. Der Staatspersonalverband hat sich bereits früher einem Beitrag des Staatspersonals zu Einsparungen nicht verschlossen und einschneidenden Massnahmen zugestimmt. So haben wir zum Beispiel dem generellen Stellenstopp für die nächsten Jahre und einer allgemeinen Stellenreduktion zugestimmt, obwohl dies für das Staatspersonal schlechtere Arbeitsbedingungen und eine viel höhere Arbeitsbelastung bedeutet. Mit den jetzt präsentierten Sparmassnahmen hat der Regierungsrat aber jegliches Mass verloren. So schlägt er mit der Verdoppelung der Lohnstufen eine Massnahme vor, die die Lohnentwicklung des Personals massiv verschlechtert und das Lohnniveau gesamthaft um rund 5–6% senkt. Dabei ist das Lohnniveau der kantonalen Verwaltung nicht für die finanziellen Probleme des Kantons verantwortlich. Das Defizit des Kantons Zug beruht auf Faktoren wie dem stetig steigenden Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA), sinkenden Steuererträgen und nicht nachhaltigen Steuersenkungen in der Vergangenheit. Bei diesen Faktoren muss angesetzt werden, um die kantonalen Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Statt sich dieser Realität zu stellen, präsentiert der Regierungsrat Sparvorschläge, die an den Ursachen vorbeigehen. Die durch die Massnahmen möglichen Einsparungen im Personalbereich sind im Vergleich zum Defizit verschwindend klein und nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Sie allein werden kaum etwas zur finanziellen Gesundung des Kantons beitragen. Sie bewirken sogar das Gegenteil, denn sie werden einen dauerhaften Schaden für den Kanton Zug und seine Bevölkerung zur Folge haben. Wer meint, beim Personal einfach und folgenlos sparen zu können, irrt sich. Der Kanton Zug konnte immer auf gut qualifizierte und motivierte Mitarbeitende zählen und diese auf dem Arbeitsmarkt auch rekrutieren, weil er angemessene Löhne zahlt. Wenn der Kanton aber seine Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtert, wird er den Anschluss an die Privatwirtschaft zunehmend verlieren und als Arbeitgeber unattraktiv. Schon heute kann der Kanton mit seinen Arbeitsbedingungen mit der Privatwirtschaft in vielen Bereichen (z.B. Ferien, Fringe Benefits) nicht mehr mithalten. Der Verlust von erfahrenen Mitarbeitenden und Rekrutierungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt werden die Folge sein. Wer würde nicht die Stelle wechseln, wenn man bei einem anderen Arbeitgeber viel bessere Arbeitsbedingungen geboten bekommt? Für die Bevölkerung des Kantons Zug und die hier ansässigen Unternehmen wird dies zwangsläufig zu schlechteren Verwaltungsleistungen führen. Damit verliert der Kanton einen wichtigen Standortvorteil und wird wirtschaftlich geschwächt. Wenn der Regierungsrat den eingeschlagenen Weg mit den Massnahmen im Personalbereich weiterverfolgt, sägt er also am Ast, auf dem er und der ganze Kanton sitzen. Verlierer wird am Ende nicht nur das Staatspersonal sein, sondern die gesamte Bevölkerung des Kantons. Dies kann in niemandes Interesse sein. Die Politik ist daher aufgerufen, hier Gegensteuer zu geben und die wirklichen Ursachen des Defizits anzupacken. M.S.